

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner  
Staatsminister Dr. Florian Herrmann  
Abg. Katharina Schulze  
Abg. Manfred Eibl  
Staatsminister Hubert Aiwanger  
Abg. Uli Henkel  
Staatsministerin Melanie Huml  
Abg. Margit Wild  
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo  
Abg. Sebastian Körper  
Staatsministerin Kerstin Schreyer  
Abg. Dr. Beate Merk  
Abg. Markus Plenk  
Abg. Raimund Swoboda  
Abg. Thomas Gehring  
Abg. Eva Gottstein  
Abg. Andreas Winhart  
Abg. Doris Rauscher  
Staatsministerin Carolina Trautner  
Abg. Julika Sandt  
Abg. Bernhard Seidenath

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 39** auf:

### **Befragung der Staatsregierung in der Coronakrise**

Die Befragung findet heute zum zweiten Mal statt. Die Fragen werden in folgender Reihenfolge gestellt: Es beginnt die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, dann folgen die FREIEN WÄHLER, die AfD, die SPD, die FDP und die CSU. – Sind alle auf ihrem Platz? Wenn wir ein bisserl aufpassen, dann ist es gut so.

Ich bitte die Fragestellerinnen und Fragesteller nochmals, daran zu denken, dass jede Fraktion vier Minuten hat, und zwar exakt vier Minuten inklusive Rückfragen. Ich werde sehr genau darauf achten. Die fraktionslosen Mitglieder des Parlaments haben eine Minute zur Verfügung.

Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann hat angekündigt, die einleitenden Worte, die der Staatsregierung zustehen, zu sprechen. Ich bitte ihn ums Wort.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien):** Guten Morgen, liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns in dieser Woche im Hohen Haus schon sehr intensiv und an mehreren Stellen inklusive Regierungserklärung und ausführlicher Debatte mit dem Thema, das uns das ganze Jahr in Atem hält und noch in Atem halten wird. Auch heute ist die Lage nach wie ernst und besorgniserregend. Wir haben heute in Bayern mit gestern fast 5.000 Neuinfektionen und in Deutschland mit über 23.600 Neuinfektionen einen Höchststand erreicht. Ein Vergleich dieser Infektionszahlen mit denen der letzten Woche zeigt nach wie vor eine Seitwärtsbewegung. Eigentlich ist aber wieder eine Steigerung erkennbar. Das heißt, wir bewegen uns schon wieder in Richtung eines Anstiegs mit der Gefahr, dass es, wenn man die Dinge so laufen lässt, wieder zu einer exponentiellen Entwicklung kommen kann. Wir haben in Deutschland seit gestern wieder Tote zu beklagen: wieder sind 440 Menschen an Corona verstorben, in Bayern 105 Menschen. Diese Zahlen rütteln uns besonders auf und können nieman-

den kalt lassen, der ein Herz hat; denn wenn in Deutschland alle drei Minuten jemand an Corona stirbt, ist die Lage wirklich sehr, sehr ernst.

Die Maßnahmen, die wir generell ergriffen haben und die in dieser Woche nochmals nachgeschärft wurden, dienen dem Ziel, dieses Infektionsgeschehen zu verlangsamen; denn die Lage ist nur dann beherrschbar, wenn sich die täglichen Neuinfektionen auf einem niedrigen, nicht auf einem hohen Level befinden. Ausgangszahl ist nach wie vor immer die Anzahl der Neuinfektionen, von der alles andere abgeleitet wird, auch die Frage, ob das Gesundheitssystem sie noch bewältigen kann. Beim "Gesundheitssystem" darf man sich nicht immer nur Betten und Maschinen vorstellen, sondern es geht auch um Menschen, etwa um Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte. Je länger die Pandemie dauert, umso länger sind diese Personen in Dauereinsatz, umso belasteter sind sie und umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es aufgrund eigener Infektionen oder anderer gesundheitlicher Gründe Ausfälle gibt. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit, dass wir an die Grenzen der Belastbarkeit kommen, steigt.

Genauso ist es natürlich bei der Nachverfolgbarkeit. Man kann das ganz gut so vergleichen, wie etwa die Physikerin Priesemann das in mehreren Sendungen getan hat: Ein Feuer, das im Ofen brennt, hat man im Griff. Aber wenn das Haus in Vollbrand steht, dann hat man es nicht mehr im Griff. Wir wollen die Pandemie nach wie vor einhegen und dazu nicht die falschen Entscheidungen treffen, sonst stünde das Ganze irgendwann in Vollbrand, ohne beherrschbar zu sein.

Wir müssen uns ganz klar und deutlich machen: Erstens ist dieses Virus tödlich, weil es ein neues Virus ist. Zweitens folgt es weder dem Kirchenjahr noch unseren persönlichen Plänen oder politischen Beschlüssen, sondern einfach nur seiner Biologie und nimmt sich jeden Raum, den man ihm gibt. Das kann man im Verlauf dieses Jahres beobachten: Immer dann, wenn die Menschen zurückgewichen sind, ist das Virus wieder nach vorne gedrungen. Genauso wird es künftig auch laufen.

Unsere Strategie ist deshalb ganz klar: Kontakte reduzieren, und zwar um 75 %, also massiv. Der Lockdown light hat die Kontakte nur um 40 % reduziert; daher haben wir jetzt die verschärften Maßnahmen mit der Ausgangsbeschränkung und mit den Ausgangssperren in den Hotspots. Die weitergehenden Überlegungen stehen zur Debatte der Ministerpräsidenten. Das heißt, wir sind hier wirklich alle gefordert, die Vorgaben ernst zu nehmen, diese Maßnahmen mitzutragen und die Kontakte, so gut es geht, zu reduzieren, um dieses Virus in Schach zu halten.

Am Ende dieses Jahres steht als gute Perspektive die Impfung. Sie steht unmittelbar vor dem Einsatz und ist wirklich ein Fortschritt der modernen Medizin. Dieser enorme Fortschritt der Medizin der letzten einhundert Jahre ist also wirklich ein positiver Ausblick; wir haben mehrere wirksame Impfstoffe. Die Entwicklung von Impfstoffen über die letzten Jahrzehnte ist für die Menschheit keine Bedrohung, sondern im Gegenteil ein Segen. Diese Gesamtschau kann uns zuversichtlich stimmen. Trotzdem ist die Lage ernst, und wir müssen sie weiterhin sehr, sehr ernst nehmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die erste Frage richtet sich auch gleich an Herrn Staatsminister Herrmann. Fragestellerin ist die Frau Kollegin Katharina Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahlen sind besorgniserregend. Wir müssen die Infektionszahlen gemeinsam senken. Wir brauchen eine langfristige Strategie, bis die flächendeckende Impfung da ist.

Jetzt möchte ich auf Ihr Krisenmanagement – Stichwort Gesundheitsämter – zu sprechen kommen. Sie wissen, die Gesundheitsämter sind das Rückgrat der Pandemiebekämpfung. Meine Anfrage vom April 2020 hat gezeigt, dass die personelle und technische Ausstattung der Gesundheitsämter fatal ist. Sie als Staatsregierung haben diese ausgeblutet. Im Sommer haben Sie gesagt, alle sollten die Software BaySIM installieren. Diese Software war aber nicht ganz an die Bedürfnisse der Gesundheitsämter an-

gepasst. Das hat man auch daran gesehen, dass kaum ein Gesundheitsamt diese Software installiert hat.

Herrn Söder hat am Sonntag verkündet, jetzt sollten alle Gesundheitsämter die gleiche Software bekommen, nämlich SORMAS. Eine kleine Randnotiz: Diese Software gibt es übrigens schon lange. Diese Software sollen alle bekommen zur Kontaktnachverfolgung.

Herr Herrmann, deswegen jetzt meine folgende Frage an Sie als Vertreter von Herrn Söder: Wir haben als GRÜNE eine Anfrage gestellt, die gezeigt hat, dass bisher nur ein bayerisches Gesundheitsamt SORMAS benutzt. Fünf Gesundheitsämter haben diese Software eingerichtet. Aber halten Sie sich fest: Bei 69 Gesundheitsämtern ist die Nutzung im Moment nicht möglich. Ich würde von Ihnen gerne wissen: Wie sieht Ihr Projektplan aus? Bis zu welchem konkreten Datum werden alle Gesundheitsämter SORMAS installiert haben?

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann** (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Zunächst einmal haben Sie, glaube ich, eine Fehlvorstellung davon, was die Staatskanzlei genau macht. Wir spielen nämlich nicht eigenhändig Software in Gesundheitsämtern auf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will es mir da nicht leichtmachen. Aber natürlich ist es Sache des Gesundheitsministeriums und der zuständigen Behörden zu überlegen, welches System man aufsetzt. Im Laufe der Zeit gibt es da unterschiedliche Überlegungen. Das ist die besondere Herausforderung, vor der wir ständig stehen. Wir haben nicht die normale Situation, können nicht in Ruhe überlegen, welches perfekte System, das über Jahre entwickelt wurde, man einsetzt, so dass es am Ende des Tages bestens funktioniert. Wir sind vielmehr mitten in der Lage und müssen ständig schauen, wo wir nachsteuern müssen. Das sieht man zum Beispiel auch an dieser App, die bundesweit entwi-

ckelt wurde. Diese ist nicht perfekt fertig, sondern wird immer wieder weiterentwickelt, wie man es bei Software generell gewohnt ist.

Das politische Ziel – das ist sozusagen die Zuständigkeit der Staatsregierung und der Staatskanzlei insgesamt – ist es, die Arbeit der Gesundheitsämter auf allen Ebenen zu stärken. Das Wichtigste ist der Punkt Personal, das ist völlig klar; denn wenn man täglich hohe Fallzahlen hat, kann das perfekte Gesundheitsamt mit den perfekten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der perfekten Software die Arbeit nicht mehr leisten.

Deshalb lautet das oberste Ziel: Drücken der Fallzahlen und Verstärken des Personals. Dies haben wir über die letzten Monate sehr intensiv mit eigenen, neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit der Unterstützung aus anderen Behörden getan. Die Software ist erforderlich, um die Informationen zu bündeln und das Management digitaler aufzustellen. – Das ist der Auftrag an das Gesundheitsministerium, das diesem natürlich nachkommen wird.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Kollegin, ich habe Ihre Rückfrage schon bemerkt. – Vielleicht noch ein Hinweis: Frau Kollegin Schulze kann ich sehr gut sehen. Aber wenn jemand anders eine Nachfrage bei einer Frage hat, bitte ich darum, einfach auf den Knopf zu drücken. Dann können wir schnell nachvollziehen, wer eine Rückfrage hat, sodass wir nichts übersehen. – Bitte schön, Frau Kollegin Schulze.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Herr Herrmann, so leicht lasse ich Sie jetzt nicht aus. Zusammen mit Herrn Söder koordinieren Sie das Corona-Krisenmanagement. Ihre Antwort klingt für mich ein bisschen so, als ob Sie am Sonntag beschlossen hätten: Alle Gesundheitsämter sollen SORMAS erhalten. Haben Sie Rücksprache mit dem Gesundheitsministerium gehalten, wie der Projektplan genau aussieht? Haben Sie mit den Gesundheitsämtern Rücksprache gehalten, bis wann das überhaupt möglich ist und wie diese dabei unterstützt werden, unter Volllast ein System zu wechseln? – Ich finde es ein bisschen schwach, wenn Sie sagen: Na ja, irgendjemand kümmert sich

schon darum. – Sie müssen doch einen Projektplan und ein Ziel haben, bis wann das funktionieren muss.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann** (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Sie können sich darauf verlassen, dass wir zielgerichtet, projektorientiert, vernünftig und faktenbasiert vorgehen und die Dinge nicht dem Zufall überlassen. Selbstverständlich wird in dem Krisenstab, der wöchentlich bzw. bei Bedarf auch häufiger auf der Ebene der Amtschefs tagt, an deren Treffen auch ich immer teilnehme, über genau diese Fragen gesprochen: Wie weit ist der Fortschritt? Wie weit funktioniert es? Wie sieht es mit der Schnittstelle aus? Müssen die Programmierer, die von extern kommen, noch deutlich mehr programmieren? – Wenn man merkt, man muss hier umsteuern, dann steuert man um. Genauso funktioniert Projektmanagement: das Ziel aufsetzen und überlegen, wie ich es erreichen kann. Wenn ich merke, ich muss hier umsteuern, muss ich eben auch umsteuern. Das ist die Steuerungsfunktion der Staatskanzlei. Der Rest, die Details, erledigen verantwortlich die Ressorts selbst. Diesbezüglich liegen wir sehr gut im Plan.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an den stellvertretenden Ministerpräsidenten bzw. an das Wirtschaftsministerium und kommt von Herrn Kollegen Eibl.

**Manfred Eibl** (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister Aiwanger, in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass wir in zentralen Bereichen eine große Abhängigkeit von internationalen Lieferketten haben, die sich teilweise als sehr problematisch herausgestellt hat. Wie sieht es denn mittlerweile beim Aufbau der heimischen Herstellung von Atemschutzmasken aus?

(Zurufe)

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, damit wurde das zentrale Thema angesprochen, wie wir die Corona-Krise in den nächsten Wochen und Monaten zielgerichtet und mit möglichst wenig Schaden für Wirtschaft und Gesellschaft eindämmen können und müssen: Wir können Masken mit besserer Qualität, als wir sie früher hatten, in ausreichender Zahl einsetzen. Schon die kleinen Kinder lehrt man, man hustet andere Menschen nicht an, sondern hustet in die Hand oder in die Armbeuge. Die nächste Steigerung, an die wir uns ab dem Frühjahr gewöhnen mussten, besteht darin, dass wir Mund-Nasen-Bedeckungen tragen, vom Schal bis zur selbstgenähten Mund-Nasen-Bedeckung aus Stoff, die wohl bewirken, dass man andere Menschen nicht anhustet, anniest oder mit Tröpfchen infiziert, aber für den Träger selbst nur einen sehr begrenzten Schutz darstellen. Das geht dann in Richtung OP-Maske als nächste Stufe. Seit Jahrzehnten verhindern im Operationsbereich Ärzte und Begleitpersonal mit OP-Masken, dass Viren oder Bakterien in offene Wunden gelangen. Im Gegenzug sind diese Personen aber nur begrenzt davor geschützt, Keime selbst einzuatmen. Die nächste Stufe ist eine FFP2-Maske, bei der es nur noch sehr wenig Leckage gibt und man selbst als Träger geschützt ist.

Ich bin überzeugt, dass wir diesen nächsten Schritt jetzt konsequent gehen müssen. In Zeiten, in denen wir diskutieren, den ÖPNV auszudünnen und weniger Menschen zu befördern, damit sich diese nicht infizieren, vermutet man dort ein Risiko, wenn man nicht gut geschützt ist. Genauso ist es im Handel und in den Schulen, wo die Devise lautet, Abstand zu halten und Zimmer zu lüften, weil man befürchtet, Aerosole könnten zu Infektionen beitragen. Eine gute Maske wird hier ein sehr wichtiges Werkzeug sein.

In einem gemeinsamen Kraftakt mehrerer Ministerien haben wir es geschafft, dass eine bayerische Firma, die bis dahin nur Automobilzulieferer war und Sitzbezüge genäht hat, zunächst mit Nähmaschinen begonnen hat und mittlerweile vollautomatisiert FFP2-Masken produziert, mehrere 10.000 Masken täglich, bis zum Jahresende

50.000 bis 70.000 Masken täglich herstellen kann. Dabei sind noch deutliche Steigerungen zu erwarten. Aus Granulat aus Bayern wird mit einer Maschine Vliesstoff für die Maske produziert. Diese Maschine produziert vollautomatisiert in Bayern und wird dort aufgestellt. Dies ist also eine rein bayerische Produktionskette.

Diese Firma hat bisher als einzige bayerische Firma das deutsche DEKRA-Zertifikat für FFP2 mit einer Leckage von 1,0%. Sogar deutlich schlechtere Werte wären ausreichend, um die Zertifizierung für FFP2 zu erhalten. Bei 0,99% hätte die Firma sogar eine Zertifizierung für FFP3 erreichen können. Sie steht also haarscharf vor der Produktion von FFP3-Masken. Somit sind wir in Bayern nun völlig unabhängig vom Ursprungsmaterial. Die hierfür benötigte Maschine musste fast in einer Wildwest-Aktion aus China reimportiert werden in Zeiten, in denen keine Flugzeuge mehr geflogen sind. Hier hat man gesehen, was man aus dem Auge verloren hatte: deutsche Maschinen gab es nur noch in China, und auch das Material gab es nicht mehr bei uns. Diese gesamte Kette steht aber jetzt. Damit haben wir in Bayern selbst dann, wenn die Landesgrenzen dicht wären, die Möglichkeit, in sehr hoher Stückzahl beste Masken zu produzieren.

Ich appelliere jetzt auch an die gesamte Bevölkerung, auf die Maskenqualität zu achten, nicht mehr mit löchrigen Fußballschals, bei denen man durchblicken kann, im ÖPNV unterwegs zu sein, sondern sich bestens auszurüsten. Ich glaube, das ist das, was der einzelne Bürger gegen Corona tun kann. Das kostet sehr wenig Geld und ist sehr effektiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank. – Die nächste Frage richtet sich an das Gesundheitsministerium und kommt von Herrn Kollegen Uli Henkel. Herr Henkel?

**Uli Henkel (AfD):** Ja, aber ich dachte, die Ministerin – ach so!

**Präsidentin Ilse Aigner:** Sie können schon mit der Frage beginnen.

**Uli Henkel (AfD):** Ich wollte der Frau Ministerin noch die Zeit geben, ans Mikrofon zu treten. Ach, sie kennt die Frage? – Das wusste ich nicht. Okay.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Herr Henkel.

**Uli Henkel (AfD):** Geschätzte Frau Staatsministerin Huml, die Weihnachtstage stehen vor der Tür. Viele Tausende Menschen werden zwischen dem 18. Dezember und dem 10. Januar zu ihren Familien und Freunden in die Heimat und häufig auch in ihre Herkunftsländer fahren. Darunter sind sicherlich viele fleißige und systemrelevante Krankenschwestern, Altenpfleger und andere Personen, die später, nach ihrer Rückkehr an ihre Arbeitsplätze in Deutschland, wieder direkt mit Risikogruppen arbeiten werden. Wir wissen durch Untersuchungen, vor allem aus Österreich und der Schweiz, dass der Anteil der mit COVID-19 infizierten bzw. erkrankten Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt signifikant höher ist, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Zahlreiche dieser Weihnachtsurlauber sind obendrein Hochrisikogebiete. Der dortige Aufenthalt ist daher grundsätzlich schon mit einem höheren Ansteckungsrisiko behaftet.

Ich frage Sie deshalb: Wie wollen Sie genau sicherstellen, dass es zu Beginn des neuen Jahres bedingt durch die Rückkehr all dieser Weihnachtsurlauber nach Bayern allgemein nicht zu einer dritten Infektionswelle kommt? Wie stellen Sie insbesondere sicher, dass das direkt in die Krankenhäuser und die Alten- und Pflegeheime zurückkehrende Personal gerade dort nicht zur Verbreitung von COVID 19 beitragen wird?

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Henkel, ja, wir beschäftigen uns damit, wie wir mit den Weihnachtstagen umgehen, und auch damit, wie sich die Menschen treffen. Sie wissen, dass wir dafür gewisse Auflagen haben. Natürlich ist es auch wichtig, sich zu überlegen, wo Reisebewegungen stattfinden. Deswegen haben wir Ende Juli und im August die Reiserückkehrer an den Autobahnen, an den Flughäfen und an den Bahnhöfen sehr intensiv getestet. Wir hatten auch die Grenzgängerregelung,

nach der wir in den Grenzlandkreisen die Menschen, die zur Arbeit hin- und herpendeln, getestet haben. Sie wissen, dass es aufgrund einer Gerichtsentscheidung eine Veränderung gegeben hat. Trotzdem halten wir dieses Angebot freiwillig weiter aufrecht. Für jeden, der sich testen lassen möchte, übernimmt der Freistaat Bayern die Kosten. Das möchte ich so deutlich sagen. Viele Firmen und auch Krankenhäuser und Pflegeheime nehmen dieses Angebot weiter an und lassen die einreisenden und zur Arbeit kommenden Mitarbeiter testen. Das wird selbstverständlich auch nach den Feiertagen der Fall sein.

Sie wissen, dass wir in der Zehnten Infektionsschutzmaßnahmenverordnung die Regelung mit aufgenommen haben, dass das Pflegepersonal in den Altenheimen mindestens zweimal pro Woche mit PCR-Tests oder Antigen-Schnelltests getestet wird. Diese Maßnahmen gelten auch für diese Menschen. Wenn sie dann mit FFP2-Masken ausgestattet sind, sollte auch ein Schutz gegeben sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Eine Nachfrage vom Kollegen Henkel.

**Uli Henkel (AfD):** Frau Ministerin, vielen Dank für diese erste Antwort. Trotzdem noch eine Frage: Worin liegt Ihrer Meinung nach das erhöhte Infektionsrisiko für Menschen mit Migrationshintergrund begründet? Es gibt in den europäischen Nachbarländern unterschiedliche Ansätze und Ansichten, woran das liegen könnte. Ich frage die Staatsregierung, ob sie sich dazu Gedanken gemacht hat oder ob sie dafür eine plausible Erklärung hat.

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Ich darf auf den Sommer oder auf Inzidenzwerte auch jetzt in anderen europäischen Ländern verweisen, die wir natürlich sehr genau beobachten. Wir merken es auch in manchen Grenzlandkreisen – übrigens nicht nur an den Landesgrenzen, sondern auch an Grenzen zwischen Landkreisen –, dass sich das Virus dort auch schneller verbreitet. Deshalb ist es so wichtig, dass wir immer versuchen, die Ausbreitung zu stoppen. Wir versuchen, Con-

tainment-Management aktivst zu betreiben, um die Verbreitung des Virus einzudämmen.

Wichtig ist es aber, immer wieder Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Deswegen haben wir unser Impfkonzept und unsere Teststrategie, nach der wir Jedermann-Tests anbieten. Damit besteht die Chance, dass sich jemand, der aus dem Ausland zurückkommt, testen lässt. Das ist so wichtig. Diese Chancen sollten die Menschen auch nutzen. In diesem Sinne sind wir darauf vorbereitet, wenn jemand wieder zurückkommt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Danke schön, Frau Staatsministerin. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Die Fragestellerin für die SPD ist die Kollegin Margit Wild.

**Margit Wild (SPD):** Mein ganz großer Respekt gilt seit einem Dreivierteljahr und immer mehr den Lehrerinnen und Lehrern, die dafür sorgen, dass Unterricht in dieser schwierigen Zeit stattfindet. Die Herausforderungen waren immer groß. Durch diese Pandemie findet aber täglich ein Wechsel statt. Immer wieder kommen neue Schreiben des Kultusministeriums. Ich muss einfach sagen: Schulleiterin möchte ich im Augenblick nicht sein. Das bekomme ich oft widergespiegelt. Schulleitung ist im Augenblick ein knallharter Managementjob. Ein knallharter Managementjob! Deshalb meinen hohen Respekt. Unsere Sorge muss unseren Lehrkräften gelten, die geschützt sein müssen.

Aus welchen gesundheitspolitischen Gründen werden nicht allen Lehrkräften zum individuellen Arbeitsschutz ausreichend FFP2-Masken zur Verfügung gestellt? Warum soll nur sichergestellt werden, dass die Schule für besondere Situationen gerüstet ist? – Bitte erklären Sie doch einmal, was besondere Situationen sind und warum nicht alle geschützt werden sollen. Das ist in der Schulfamilie auf ganz großes Unverständnis gestoßen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister, bitte schön, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Wild, vielen Dank für die Frage. Dem ersten Teil Ihrer Ausführungen kann ich uneingeschränkt zustimmen. Unsere Lehrerinnen und Lehrer leisteten in den letzten Wochen und Monaten Großartiges. Sie sind immer unglaublich engagiert. Das, was mit Corona auf sie zukommt, ist aber besonders viel, das ist herausfordernd. Das Engagement der Lehrkräfte ist eindrucksvoll.

Du hast die Schulleiter angesprochen. Das ist eine großartige Managementleistung. Mir tut es auch leid – das sage ich ganz offen –, in welchem Tempo wir die Schulleitungen immer wieder vor neue Herausforderungen stellen müssen. Dieses Tempo – das sage ich ganz deutlich – ist manchmal wahnwitzig. Aber es ist so. Wir müssen von Tag zu Tag auf die Zahlen reagieren. Das muss oft schnell gehen. Das, was wir am Donnerstag im Ministerrat entscheiden, kommt am Sonntagabend bei den Schulen an, und am Montag muss es schon umgesetzt werden. Das ist eine riesige Herausforderung. Deshalb gilt mein Dank der ganzen Schulgemeinschaft und insbesondere denjenigen, die du angesprochen hast, nämlich unseren Lehrkräften und den Schulleitern, die Großartiges leisten.

Von Anfang an haben wir gesagt, dass die Gesundheit unserer Schülerinnen und Schüler und unserer Lehrkräfte Priorität hat. Dafür haben wir viel getan. Wir haben entsprechende Hygienevorschriften mit entsprechenden Abständen erlassen. Wir haben in Bayern als allererstes Land ein Lüfterprogramm mit 37 Millionen Euro aufgestellt. Wir haben auch als erstes Land ein Starter-Kit mit Masken zur Verfügung gestellt. Jetzt stellen wir für besondere Situationen FFP2-Masken zur Verfügung.

Das ist dem geschuldet, dass wir in den Klassenräumen – das haben wir so vereinbart – im Unterricht immer noch einen Abstand zwischen Schülern und Lehrern von 1,5 Metern einhalten. Es gibt aber besondere Situationen an den Schulen, in denen

man näher an den Schüler heranrücken muss. Das kann in den Pausen der Fall sein. Manche Lehrkräfte sind Risikopersonen. Gerade für diejenigen und für solche besonderen Situationen haben wir jetzt FFP2-Masken zur Verfügung gestellt. In einem ersten Aufschlag haben wir diese Masken gerade jetzt für den Zeitraum bis Weihnachten an die Schulen gegeben. Dafür auch ein Dank an das THW, das diese Masken ausgeliefert hat. Das Ganze haben wir in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium gemacht. Selbstverständlich werde ich mich dafür einsetzen, dass es nach den Weihnachtsferien eine zweite Tranche gibt. Darüber diskutieren wir. Das sind die Hintergründe.

Einen zweiten Punkt möchte ich ganz persönlich noch ansprechen. Ich bin gestern durch Reihen gegangen. Es ging um MS Teams. Ich habe die Opposition und auch die Regierungsfaktionen darüber informiert, dass wir den Vertrag mit MS Teams verlängert haben. Jeder hat auf seine Weise reagiert. Du, liebe Margit, hast gesagt: Da fällt dir doch bestimmt ein Stein vom Herzen. – Das empfand ich als eine so menschliche Reaktion. Daran zeigt sich, dass in diesen Zeiten Opposition und Regierung gut und menschlich zusammenarbeiten können. Dafür möchte ich mich bedanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die Frau Kollegin hat trotzdem eine Nachfrage.

**Margit Wild (SPD):** Es wäre doch schrecklich, wenn ich nicht menschlich wäre. Wir kennen uns lange, und ich weiß, dass du auch einen knallharten Job hast. Ich bin nun einmal in der Opposition, und da gibt es Schwächen. Deswegen frage ich manchmal nach und quäle dich auch.

Jetzt habe ich noch eine Nachfrage zu den Masken: Auch auf die Masken gibt es unterschiedliche Reaktionen. Manche Schulen sagen, sie hätten zwei Masken für jede Lehrkraft bekommen, manche haben auch drei bekommen. Darüber gibt es im Augenblick in den Medien einen regen Austausch. Einige haben mir gesagt: Margit, diese Masken stinken wirklich gruselig. Bei diesen Fabrikaten gibt es wohl einen Unter-

schied. Manche sind zertifiziert und haben den Standard KN95. Andere haben diesen Standard nicht. Wenn du von einem besonderen Schutz sprichst, der nötig ist, wenn man an die Schüler näher herankommt, dann müssen diese Masken schon gut und zertifiziert sein.

Manche dieser Masken sind laut "Ärzteblatt" auch nicht ungefährlich, besonders die Masken, die nicht zertifiziert sind. Ich kenne diese Unterschiede nicht. Wenn du vielleicht da für Aufklärung sorgen könntest, wie viele Masken es sind und wie überhaupt die Ausgaben sind, ob es zertifizierte oder nicht zertifizierte Masken sind.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Wir haben vorhin vom Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger gehört, dass es unterschiedliche Masken gibt, solche aus bayerischer Produktion und andere. Aber sie sind entsprechend zertifiziert. Es gibt die sogenannten FFP2-Masken, aber es gibt auch die mit KN95-Aufdruck, die jedoch in den Standards gleichwertig sind. Wir haben uns mit dem Gesundheitsministerium abgestimmt. Die versendeten Masken haben FFP2-Standard. Wo sie hergestellt werden, das weiß ich nicht, sie sind aber – ich habe mich kundig gemacht – vom TÜV entsprechend überprüft und abgenommen. Es ist mir besonders wichtig, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer diesen Standard auch erhalten. Ich kann mich gern noch mal erkundigen, ob die Masken alle aus der gleichen Produktion stammen. Das weiß ich nicht. Aber es ist der FFP2-Standard.

Jetzt noch hinterhergeschickt. Wir haben auch gesagt, dass wir die Maskenausgabe wie auch die Versorgung mit Masken jetzt evaluieren. Evaluieren bedeutet, in Rücksprache mit den Schulen zu sehen: Wie ist es? Sind es genügend Masken, sind es zu wenige Masken? Dann sollten wir uns überlegen – das machen wir im nächsten Ministerrat –, was die nächsten Schritte sind. So viel zu der Maskenqualität. Ich kann gern noch in Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium anfragen, und wenn Nachholbedarf ist, noch nachliefern.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank. – Die nächste Frage richtet sich an das Bauministerium, und die Frage kommt vom Kollegen Körber für die FDP.

**Sebastian Körber (FDP):** Liebe Frau Staatsministerin Schreyer! In dem Fall geht es um den Verkehrsbereich. Jeden Morgen drängen sich Tausende von Fahrgästen, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, auf Rolltreppen, auf Treppen, in Korridoren, in Wartezonen, wo sie auf den Bus oder auf den Zug warten.

Ich fand es sehr bezeichnend, Frau Schreyer, dass Sie, nachdem Sie am 22. April noch ganz andere Aussagen getroffen haben, am 15. Oktober unter anderem im "Münchner Merkur" – es ist ein Wortlaut-Interview, aus dem ich kurz zitieren möchte – erklärt haben: "Die Maske ersetzt den Abstand, die Maskenpflicht ist das Maß aller Dinge. Das ist die Botschaft!" – Ende Wortlaut-Zitat aus einem Wortlaut-Interview.

Auf der Homepage Ihres Ministeriums haben Sie vorher noch etwas ganz anderes gesagt. Dass der Abstand die Maske komplett ersetzt, war mir bisher neu. Nach dieser Logik sollte man auch eigentlich Limitierungen im Einzelhandel wieder canceln können. Das sei nur am Rande erwähnt. Ich weiß nicht, was das einheitliche Konzept der Staatsregierung ist.

Ich nehme jedenfalls wahr, dass der nicht eingehaltene Abstand mich zumindest besorgt macht. Deswegen frage ich Sie: Haben Sie in der Zwischenzeit vielleicht Informationen über eine neue Faktenlage bekommen? Haben Sie Erkenntnisse seitens der Staatsregierung, besonders in Ihrem Bereich, seit Beginn der Corona-Pandemie? Man konnte jetzt acht Monate lang beobachten, lernen, Erhebungen machen, was die Wirksamkeit von Alltagsmasken im Vergleich zu FFP2-Masken betrifft.

Staatsminister Aiwanger, Ihr Ministerkollege, hat gerade von einem möglichen Risiko in diesem Bereich gesprochen, auch von der Bedeutsamkeit von physischem Abstand. Hat sich da etwas geändert? Wie bewerten Sie die Situation? Haben Sie hierzu Erkenntnisse?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Staatsministerin Schreyer, bitte schön.

**Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke, Herr Körber, für die Frage. Es ist eine durchaus wichtige Frage, die sehr viele Menschen bewegt. Das eine ist der emotionale Zugang, und das andere sind die Fakten. Deswegen gibt es mir jetzt die Möglichkeit, ein bisschen darauf einzugehen.

Als die Pandemie losging, gab es im Kabinett die Debatte, wie wir mit der Maskenfrage umgehen. Damals wusste man auch noch nicht, wie effektiv die Maske ist. Das wissen wir heute. Damals wusste man es nicht. Für uns war ganz klar, als Allererstes kommt die Maskenpflicht im ÖPNV, weil man eben davon ausging, dass man einen direkten Schutz hinbekommt. Damals ist die Maske auch eingeführt worden, weil klar war: Man kann im ÖPNV die 1,5 Meter Abstand nicht halten.

Wenn wir diesen Abstand in München halten wollten – in München ist die Situation immer am schwierigsten, wie Sie wissen –, hätten wir die Situation, dass wir nur noch 10 % der Fahrgäste befördern könnten. 10 %! Deswegen kam relativ schnell erst ein Maskengebot und dann eine Maskenpflicht, weil man wusste, dort kann man die Abstände nicht halten. Die Maskenpflicht ist eingeführt worden, weil das Tragen der Maske eben den Abstand ersetzt. Ersetzen heißt aber nicht, dass wir nicht trotzdem versuchen müssen, überall, wo es geht, den Abstand zu halten. Das eine schließt das andere nicht aus.

Es liegen uns Fakten von den Universitäten vor, die Studien in Fragen Ansteckung im ÖPNV gemacht haben. Dort heißt es, man gehe davon aus, dass durch die Maske die Ansteckungswege nicht da sind. Das ist der eine Teil der Fakten. Der andere Teil ist, emotional empfindet es jeder anders. Denn wenn Sie in einer gedrängten Menschenmenge in der U-Bahn stehen, haben Sie das Gefühl, dass Sie sich so nah nicht kommen wollen. Das sind genau die zwei Dinge, die wir anschauen müssen.

Nachdem wir aktuell bei 75 % der Infektionen überhaupt nicht wissen, wie die Infektionswege sind, glaube ich, dass es klug ist, zum einen den Menschen die Angst zu nehmen und zu sagen: Wenn jeder die Maske trägt, dann ist die Chance, dass man sich ansteckt, ganz gering. Zum anderen sollten wir da dort, wo dies möglich ist, trotzdem den Abstand halten. Das sind die zwei Punkte.

Die Verkehrsanbieter sind sehr sorgsam damit. Es werden mehrmals am Tag Haltegriffe desinfiziert, man schaut, dass die Türen technisch selbst aufgehen, um nicht hinlangeln zu müssen. Alle diese Dinge werden maximal nachjustiert. Man versucht eben bewusst, diese Abstände dadurch hinzubekommen, dass man sagt: Mit der Maske funktioniert es. Das setzt aber voraus, dass wir die Maskenpflicht auch hart kontrollieren, was mit dem Kollegen Innenminister auch funktioniert. Ich habe mich selbst davon überzeugen dürfen. In den Bahnen sind es circa 97 % der Menschen, die die Maske wirklich annehmen und tragen, und zwar als Mund-Nasen-Schutz und nicht als Kinnschoner. Das ist der wesentliche Punkt.

Deswegen ist das Zitat natürlich richtig, dass ich gesagt habe, die Maske ersetze den Abstand. Ich habe nicht gesagt, dass sie den Abstand komplett ersetzt. Das hatten Sie in Ihren Ausführungen danach gesagt. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, die Maske ersetzt den Abstand. Das war zu dem Zeitpunkt richtig. Ich glaube, es ist auch heute noch so, dass wir versuchen müssen, beides zu handhaben, die Maske tragen und, wenn möglich, natürlich den Abstand einhalten. Das werden Sie beim Ein- und Aussteigen bei einem Bus oder einer S-Bahn jedoch nicht komplett vollziehen können. Das ist faktisch so. Deswegen ist mir wichtig, dass wir diese Dinge auch sehen.

Ich möchte mich an der Stelle ganz herzlich bei all denen bedanken, die wirklich jeden Tag die Maske tragen, auch bei denen, die das kontrollieren müssen. Denn so lustig ist diese Aufgabe, glaube ich, nicht. Auch ein Dankeschön all denen, die im Verkehrsbereich Verantwortung übernehmen, sowohl den Lokführern als auch den Busfahrern, die Durchsagen machen, die immer wieder nachschauen. Es ist im Moment eine

schwierige Zeit für alle, aber ich glaube, im Verkehrsbereich ist es gerade schon so, dass vieles sehr gut läuft.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Körber hat eine Nachfrage.

**Sebastian Körber (FDP):** Frau Staatsministerin, jetzt habe ich doch noch eine Frage. Sie sind zu Ihrem Verantwortungsbereich ausgewichen. Soviel ich weiß, gibt es doch einen qualitativen Unterschied zwischen dieser Art von Mund-Nasen-Bedeckung, einer Community-Maske, und einer FFP2-Maske. Ihr Kabinettskollege Herr Aiwanger hatte gerade darauf hingewiesen. Deswegen bin ich jetzt etwas enttäuscht und desillusioniert.

Sie hatten acht Monate Zeit. Wie Sie wissen, ist die Bayerische Staatsregierung in Bayern für den Schienenpersonennahverkehr zuständig, und zwar über die Bayerische Eisenbahngesellschaft. Was haben Sie in dieser Zeit denn überhaupt in Ihrem Bereich gemacht, um den Menschen mehr Sicherheit geben zu können? Wahrscheinlich wird am Sonntag ein weiterer Lockdown verkündet. Dann darf der Landtag es später wieder "abnicken". Das Szenario hatten wir gerade schon. Was tun Sie in den nächsten Monaten überhaupt für den ÖPNV in Bayern? Ich finde, es ist sehr kritisch und bemerkenswert. Müssen wir da mehr FFP2-Masken einsetzen? Wie stellen Sie sich das vor? Haben Sie die Kapazitäten, Taktungen etc., ausgeweitet? Bitte, so einfach können wir Sie da nicht aus der Verantwortung entlassen.

**Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr):** Herr Körber, ich bin über den Duktus Ihrer Frage etwas verwundert, weil Sie es eigentlich besser wissen. Sie wissen ganz genau, dass da ganz viel passiert.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

– Ich versuche, es Ihnen noch mal rüberzubringen. Erstens. Sie wissen, dass wir volllastig fahren. Das ist der Unterschied zum ersten Lockdown. Im ersten Lockdown haben wir runtergefahren, weil wir nicht wussten, ob eventuell diejenigen, die den Bus

oder den Zug fahren, nicht auch erkranken können. Wir sind runtergefahren, weil ja auch weniger Menschen da waren.

Die Anzahl der Menschen, die im ÖPNV fahren, hängt davon ab: Wie viel Homeoffice findet statt? Wie viele Schüler sind unterwegs? Sie wissen, dass wir gerade runtergefahren sind. Deswegen haben wir nur noch 40 % Auslastung. Das hat einfach den Hintergrund, dass viele jetzt zu Hause sind. Man muss schon auch sehen: Allein dadurch gibt es eine Entspannung. Wir fahren derzeit volllastig. Alles, was fahren kann, fährt. Überall, wo es einen Bus mit Fahrer oder einen Zug gibt – alles fährt volllastig. Wir haben nichts mehr irgendwo in Reserve; alles fährt.

Zweitens. Wir haben auf Initiative des Herrn Ministerpräsidenten entschieden, dass wir die Anzahl der Schülerbusse verstärken. Die Verstärkung ist folgendermaßen gelaufen: Wir haben bereits im März/April mit den Reisebusunternehmen Kontakt aufgenommen. Wir haben eine Plattform, auf der alle Busse, die mit Fahrer zur Verfügung stehen, erfasst sind. Der Freistaat zahlt das Geld, und die Kommune kann mit einem Mausklick auf die Plattform zugreifen und sich die entsprechenden Fahrer mit den Bussen organisieren.

Wir haben mittlerweile bis zu 700 Busse. Zuerst waren es 650, jetzt sind wir bei 700 Bussen, die verfügbar sind. Derzeit werden 400 abgerufen. Es funktioniert, weil der Busfahrer mit dem Bus da ist. Das Ganze funktioniert im Übrigen sehr gut. Wir haben dort eine Entzerrung. Eine weitere Entzerrung gibt es automatisch dadurch, dass die Schüler zu Hause sind. Wir fahren, wie gesagt, volllastig. Wir haben die Anzahl der Schülerbusse verstärkt. Unrealistisch ist es jedoch zu meinen, wir könnten uns die Menschen, die es nicht gibt, schnitzen. Es gibt nicht mehr Fahrer. Wir können nur die einsetzen, die wir haben. Mehr haben wir nicht. Nun können Sie zwar sagen: Schade, dass es sie nicht gibt. – Aber reell gibt es sie nicht.

Wir haben ein massives Hygienekonzept erarbeitet, und alle Verkehrsanbieter setzen es ganz toll um. Von ergänzenden Reinigungen über Desinfektion bis zu technischen

Fragen – welche Türen wie öffnen, damit man sie nicht anfassen muss –, all das funktioniert. Wir haben zum Beispiel bei den Bussen auch Trennwände organisiert, damit die Busfahrer geschützt sind. Wir haben die Busförderung von 29 Millionen Euro auf 59 Millionen Euro ausgeweitet. Also, wenn Sie sagen, dass dies nichts sei, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht, was Sie sich vorstellen, was man noch machen kann.

Alle sind draußen an Bord. Wir reinigen ohne Ende, und zu den Masken möchte ich Ihnen sagen: Ich verstehe jeden, der in Sorge ist und sagt, FFP2 sei besser als die Community-Maske. – Das stimmt, aber es gibt keine wissenschaftlichen Tests, wieso Sie dort zwingend FFP2-Masken bräuchten. Wenn Sie im ÖPNV die Community-Maske tragen, haben wir einen gegenseitigen Schutz für uns alle, denn wenn sie jeder trägt, schützen wir uns alle gegenseitig. Das ist genau der Punkt. Wenn jeder sie aufsetzt, dann schützen wir uns gegenseitig. Sie können natürlich diskutieren, welche Steigerung Sie haben wollen. Ich vermute, wenn Sie eine Studie in Auftrag geben würden, ob wir das im ÖPNV brauchen, würden wir in circa drei Jahren eine Antwort haben. Das dauert mir zu lange. Ich habe lieber jetzt Lösungen.

Wir haben nur noch 40 % der Fahrgäste. Wir haben die Maskenpflicht, sie wird hart kontrolliert. Insofern kann ich Ihnen nur sagen: Wir waren alles andere als untätig. Ganz im Gegenteil, es gibt nicht mehr, was wir noch tun können. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie alle Verkehrsanbieter haben wirklich alle Kraft hineingelegt. Wir sind in regelmäßigen Verkehrsschalteln. Wir diskutieren die Fragen durch. Wir steuern überall nach, wo wir können, und ich kann nur sagen: Respekt all jenen, die dies täglich leisten!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege und kommt von der Kollegin Dr. Beate Merk für die CSU-Fraktion.

**Dr. Beate Merk (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Frau Staatsministerin! Ich möchte mich Florian Herrmann anschließen, der die Dramatik der Situation zu Beginn der Sitzung dargestellt hat. Diese Dramatik wird immer noch von einigen Menschen in Zweifel gezogen, manchmal mit dem Hinweis darauf, dass ja viele eine COVID-Infektion relativ leicht hinter sich bringen. Ich glaube, die Dramatik wird sehr deutlich, wenn man die Türen zu den Krankenhäusern öffnet und schaut, wie es dort aussieht: dass auch sehr junge Menschen ohne Vorerkrankungen dort plötzlich an COVID sterben, dass Krankenhäuser Unterstützung aus Nachbarlandkreisen brauchen und vieles andere mehr. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir darüber mehr erfahren, und bedanke mich sehr, dass Sie, Frau Staatsministerin, heute dazu Stellung nehmen.

Wie ist die Situation in den bayerischen Krankenhäusern? Wie ist die Auslastung der Intensivstationen und der Beatmungsplätze? Wie geht es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Krankenhäusern? Welche Prognosen treffen Sie?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Staatsministerin, bitte.

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Merk, vielen herzlichen Dank für diese, wie ich finde, sehr wichtige Frage. Gerade die Sorge, dass unser Gesundheitssystem durch die Corona-Pandemie überlastet wird, ist der Grund für all die Maßnahmen. Also gilt es vor allem hier, immer wieder zu schauen: Wie ist die Auslastung, und welche Maßnahmen sind möglicherweise weiterhin erforderlich, um hier keine Überlastung zu bekommen? Der Kollege Florian Herrmann hat es zu Beginn ebenfalls bereits ausgeführt.

Aktuell spitzt sich die Lage in den Krankenhäusern leider zu, das muss man so deutlich sagen. Dort gibt es zunehmend auch COVID-Patienten. Gestern waren es über 3.100 Corona-Patienten, die auf Normal- und Allgemeinstationen behandelt wurden, und man darf nicht unterschätzen: Es waren gestern auch 663 Patienten, die in Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeit behandelt wurden. Wenn man sich den Verlauf

anschaut, sieht man: Es waren vor drei Monaten 29, vor zwei Monaten 55, vor einem Monat 391 und gestern eben 663 Patienten – das sind einmal nur die Zahlen. Das heißt aber, dahinter stehen immer auch Schicksale, dahinter stehen Familien. Dies bedeutet auch, dass es dort Menschen braucht, die die Erkrankten behandeln. An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an das Personal in den Krankenhäusern, vom Pflegepersonal bis zu den Therapeuten und den Ärzten, an alle, die dort arbeiten und für die Behandlung der COVID-Patienten tätig sind. Hier wird wirklich Außerordentliches geleistet. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir erleben aber auch in manchen Regionen Bayerns, dass eben auch die Intensivstationen an ihre Belastungsgrenze kommen. Deshalb haben wir schon vor einigen Wochen per Allgemeinverfügung Ärztliche Koordinatoren bzw. Ärztliche Leiter für die Krankenhauskoordination eingesetzt und konnten diese jetzt durch den Katastrophenfall mit mehr Kompetenzen ausstatten, die notwendig sind. Deshalb war es gut, den Katastrophenfall auszurufen, um für Entlastungen in den Krankenhäusern da und dort zu sorgen und, was auch bereits jetzt manchmal notwendig ist, auch Patienten zu verlegen.

Die Integrierten Leitstellen Passau, Nordoberpfalz und Mittelfranken-Süd haben gestern angezeigt, dass sie nur noch wenige freie Intensivbetten haben. Hier ist es notwendig zu überlegen, ob dann, wenn mehr Patienten kommen – es gibt ja nicht nur COVID-Patienten, sondern es kommen auch Patienten mit Schlaganfall oder Herzinfarkt, die auch einer intensivmedizinischen Behandlung bedürfen –, auch die erforderlichen Möglichkeiten vorhanden sind.

Ja, es ist so, dass wir nach wie vor Kapazitäten haben und diese auch aufgebaut werden können. Ich erinnere mich noch, dass es im Frühjahr darum ging: Haben wir noch genügend Beatmungsgeräte? Wir haben diese in den letzten Monaten nachgekauft und den Krankenhäusern zur Verfügung gestellt. Aber es ist auch wichtig, die Men-

schen zu haben, die die Maschinen bedienen. Das dürfen wir ebenfalls nicht aus den Augen verlieren. Dies haben wir nicht getan, deshalb haben wir im Katastrophenfall auch den Pflegepool reaktiviert, um Unterstützung für die Pflege zu erhalten. Das heißt, wir brauchen die Maßnahmen, um die Krankenhäuser nicht zu überlasten, ganz klar. Je mehr Menschen mitmachen und sich daran halten, desto besser ist es für alle, die im Krankenhaus arbeiten müssen. – Vielen herzlichen Dank für diese Solidarität in unserem Land!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Staatsministerin, wenn Sie wollen, dürfen Sie gleich am Platz bleiben, weil sich die nächsten zwei Fragen ebenfalls an Sie richten. Die erste kommt vom Kollegen Plenk.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Sehr verehrte Frau Huml! Liegen der Staatsregierung aktuell schon Erkenntnisse über die verschiedenen SARS-CoV-2- bzw. COVID-19-mRNA-Impfstoffe vor, und zwar ganz konkret, was Langzeitfolgen oder mögliche Langzeitschäden dieser Impfungen betrifft? Wie lange sind geimpfte Personen nach einer solchen Impfung immun? Können sich Geimpfte weiterhin infizieren, und sind sie in diesem Fall möglicherweise auch weiterhin infektiös?

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Lieber Kollege Plenk, Sie wissen, dass im Moment das Zulassungsverfahren für mehrere Impfstoffe läuft und dass darunter Impfstoffe sind, die die von Ihnen angesprochene Systematik nutzen, nämlich die mRNA-Impfstoffe. Es ist wichtig, dass gerade auch die von Ihnen gestellten Fragen im Zulassungsverfahren geklärt werden. Ich halte es auch für richtig, dass man sich jetzt diese Zeit nimmt. Wir schauen zwar tagtäglich auf die Fortschritte und hoffen, dass der Impfstoff möglichst bald kommt, aber ich halte es hinsichtlich der Transparenz und auch für das Verständnis der Menschen für unwahrscheinlich wichtig, dass man sich diese Tage und Wochen Zeit nimmt, um im Zulassungsverfahren genau diese Fragen gut zu klären.

Das heißt auch: Ja, die Studien sind gelaufen. Sie haben auch die Phasen I, II und III durchlaufen, in denen es darum geht, die Wirkung des Impfstoffs zunächst an wenigen Menschen zu erproben, dann wird die Kohorte größer, und am Schluss werden mehrere Tausend Menschen mit dem Impfstoff geimpft. Dabei wird immer wieder geprüft.

Die bisherigen Erkenntnisse besagen, dass es keine schwerwiegenden Impfreaktionen gegeben hat. Natürlich muss weiter beobachtet werden, und es wird auch weiter beobachtet. Dies ist gerade im Zulassungsverfahren ein Thema.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Eine Rückfrage vom Kollegen Plenk.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Wie würde Ihre Impfstrategie aussehen unter der Annahme, dass Impfungen zu einem milden COVID-19-Verlauf führen, Geimpfte sich aber weiterhin infizieren können und auch andere Personen anstecken könnten?

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Auch das ist eine Frage, deren Beantwortung wir doch bitte der Wissenschaft und nicht der Politik überlassen sollten. Wir werden Aussagen hierzu im Rahmen des Zulassungsverfahrens bekommen. Sie wissen, dass die Ständige Impfkommission Empfehlungen gibt. Ich halte es für gut, dass wir diese mit Background gegebenen Empfehlungen dann auch entsprechend umsetzen.

Sie haben auch mitbekommen, dass man bei dem einen Impfstoff, dessen Entwicklung am weitesten fortgeschritten ist, zum Beispiel davon ausgeht, dass vorher nicht getestet werden muss, ob derjenige, der geimpft werden soll, schon eine Infektion durchlaufen hat. Man hat nämlich festgestellt, dass es keine negative Reaktion gibt, wenn jemand, der schon Antikörper hat, diesen Impfstoff verabreicht bekommt.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Frage richtet sich auch an Staatsministerin Huml und kommt vom Kollegen Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrte Frau Huml, Sie sind ja Ärztin und als Staatsministerin auch für die Staatsregierung verantwortlich. Deshalb frage ich Sie:

Hält die Staatsregierung die sogenannten PCR-Tests für geeignet, um verlässliche Aussagen zur Infektiosität von Menschen und damit zur Inzidenzregel, die in Bayern und bundesweit gilt, treffen zu können? Wenn ja, nennen Sie mir bitte ein paar wissenschaftliche Quellen, die dies bestätigen.

Hat die Staatsregierung den Laboren, die diese PCR-Tests in Verfahren auswerten, einheitliche Verfahrensweisen vorgegeben, um die Viralität nachzuweisen, indem ganz bestimmte Dinge, zum Beispiel RNA-Gen-Teile zu untersuchen sind, und hat sie auch Verfahrensvorschriften zu den Replikationszyklen – damit meine ich den Ct-Wert – erlassen? Gibt es solche Vorschriften, oder kann jeder der 200 oder mehr Hersteller und jedes der Labore in dem Bereich handeln, wie er oder es will?

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Zum einen ein klares Ja. Wir halten den PCR-Test für geeignet. Ich sage dies hier deutlich. Zum anderen ist es so – das wissen Sie auch –, dass immer wieder Ringversuche durchgeführt werden, in denen geprüft wird, wie gut die Qualität des Labors ist. Die Labore müssen auch Qualitätsanforderungen erfüllen. In den Laboren wird auch mit einer Methodik gearbeitet. Es mag unterschiedliche Gerätschaften geben, es mag unterschiedliche Lösungen geben, es mag zum Beispiel unterschiedliche Stäbchen geben, die genutzt werden, aber die Systematik ist immer die gleiche. Deshalb sind die Ergebnisse auch nutzbar und vergleichbar. Ich sage dies ganz deutlich. Deshalb: Ja, wir halten ihn ganz klar für geeignet.

(Beifall)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, an Herrn Staatsminister Prof. Piazzolo, und kommt vom Kollegen Gehring. – Herr Swoboda, Sie haben Ihre Redezeit mit Ihrer Frage schon ausgeschöpft. Deswegen kann ich Ihnen keine Gelegenheit zu einer Nachfrage geben. Sie müssen dann beim nächsten Mal kürzer fra-

gen. – Jetzt kommt Herr Kollege Thomas Gehring, der eine Frage an Herrn Prof. Pia-zolo hat.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Minister Pia-zolo, ich habe hier Anfang Juli gesagt, dass dieses Schuljahr kein normales sein wird, sondern dass wir uns darauf einstellen müssen, dass immer wieder Kinder im Wechsel zu Hause sein werden. Sie haben mich damals gefragt, ob ich ein Prophet bin. Ich antwortete damals mit den Worten des Ministerpräsidenten: Nein, ich bin kein Prophet, sondern ein Realist.

Weil wir GRÜNE realistische Politik machen, haben wir schon vor drei Wochen vorge-schlagen, ab Klasse 7 in den Wechselunterricht zu gehen, und zwar geplant, weil Wechselunterricht an den Schulen vorbereitet und konzipiert werden muss.

Am letzten Donnerstag haben Sie diesen Antrag noch abgelehnt. Am Sonntag hat dann der Ministerpräsident den Wechselunterricht verkündet. Ich meine, da haben Sie das dann auch erfahren. Am Dienstag haben Sie die Schulen informiert. Am Mittwoch, als es losging, ist einiges schiefgegangen. Mebis hat nicht funktioniert – übrigens nicht nur am Vormittag, sondern auch abends nicht –, Schulaufgaben sind abgesagt wor-den, Schulaufgaben sind geschrieben worden, Eltern waren irritiert. Das heißt, Sie haben diesen Wechselunterricht nicht vorbereitet, weil Sie ihn nicht wollten, und sind vom Ministerpräsidenten offensichtlich auf dem falschen Fuß erwischt worden.

Meine Frage: Wie wollen Sie wieder auf die Füße kommen? Dafür braucht es nämlich klare Ansagen zur Notenverordnung, vielleicht auch zum Aussetzen der Benotung, zur Reduktion von Stoff, zur Veränderung des Lehrplans, zum Zwischenzeugnis, zum Übertritt, zu den Abschlussprüfungen und zur IT-Ausstattung.

Ich bin kein Prophet, aber auch nach dem 10. Januar wird das Schuljahr kein norma-les sein.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Gehring, die Aussage war damals eine andere. Ich habe übrigens schon im letzten Jahr gesagt, dass es kein normales Schuljahr ist und dass auch das nächste Schuljahr kein normales sein wird. Es ging nicht um die Einordnung, ob es ein normales oder nicht normales Schuljahr ist. Während Corona ist beinahe nichts normal. Dass wir uns darüber auch noch nach neun Monaten austauschen müssen, ist eigentlich ein Armutszeugnis.

Selbstverständlich sind wir auf den Wechselunterricht und auf den Distanzunterricht vorbereitet. Wir führen ihn seit acht Monaten ständig durch, nicht erst jetzt. Jetzt findet er eben vermehrt statt. Selbstverständlich gab es im ganzen bisherigen Schuljahr zum großen Teil Präsenzunterricht und daneben Wechselunterricht und Distanzunterricht, zum Beispiel damals in Berchtesgaden während des Lockdowns. Das heißt: Das ist nichts Neues. Die Frage ist nur, wie viele gerade im Präsenzunterricht sind, wie viele im Wechselunterricht sind und wie viele im Distanzunterricht sind. Dies bereiten wir so wie auch die Kultusminister der anderen Länder vor.

Vieles funktioniert, aber an manchen Stellen ruckelt es natürlich. Dies ist ganz normal. Das ist übrigens nicht nur im Bereich Schule so, sondern in vielen Bereichen. Ich persönlich finde es unglaublich, über was alles wir uns unterhalten. Corona ist eine völlig neue Herausforderung. So etwas gab es seit Jahrzehnten nicht. Corona ist die Herausforderung unserer Generation. Das wussten wir im Januar und im Februar nicht. Dann zu glauben, dass alles so wie normal weiterläuft, ist aberwitzig.

Ich nenne als Beispiel die verschiedenen Tools für den Wechselunterricht. Selbstverständlich sind wir darauf vorbereitet und bereiten uns vor. Ich könnte Ihnen jetzt – das kann ich gerne auch nachliefern; ich habe es dabei – schildern, was wir alles bei mebis gemacht haben. Selbstverständlich! Mebis war ursprünglich als ein Unterstützungstool für den Präsenzunterricht gedacht. Genau dafür ist es gedacht. Wir haben mebis, und wir sind froh, dass wir es haben. Viele andere Bundesländer haben eine

solche Lernplattform nämlich nicht. Selbstverständlich gibt es bestimmte Anfälligkeiten. Diese gibt es aber auch bei anderen Dingen. Diese gibt es auch bei Videotools.

Präsenzunterricht ist nicht gleich Wechselunterricht. Insofern sind wir sehr, sehr gut vorbereitet. In der Pandemie wird es aber auch immer, gerade wenn man auch auf technische Dinge setzt, das eine oder andere geben, das einmal nicht funktioniert. Heute Morgen war das bei dem einen oder anderen Videotool der Fall. Das ist so. Deshalb sorgen wir auch dafür, dass wir eine ganze Bandbreite von Möglichkeiten haben. Es gibt Videokonferenzen. Wir haben mebis und Messenger-Dienste. Es wird auch über Telefon agiert. Des Weiteren gibt es Lernplattformen und Cloudspeicher. Gerade unsere Lehrer haben eine große Bandbreite, wie sie agieren können. Das heißt, der Unterricht ist nicht auf eine Sache ausgerichtet.

Nun noch einmal dazu, wie wir in der Staatsregierung zu Entscheidungen gelangen: Wir gelangen zu Entscheidungen nicht auf Zuruf – so ist das nicht –, sondern wir haben uns am Sonntag im Koalitionsausschuss intensiv Gedanken gemacht, was wir bei der Schule und darüber hinaus tun werden. Es war übrigens das Prinzip der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten, Schulen und Kitas so lange wie möglich offen zu halten. Da gibt es aber alle zwei Wochen – wir werden das am Sonntag wahrscheinlich wieder erleben – neue Überlegungen und neue Beschlüsse; das ist coronatypisch.

Wir haben im Juni einen Stufenplan für die Schulen aufgestellt. Zu glauben, dass ein solcher Plan in Zeiten von Corona über Monate hinweg hält, ist mehr als blauäugig. Das ist fahrlässig.

Ich kann nur zitieren, was der Finanzminister gestern in seiner Rede gesagt hat: Jeder will natürlich Planungssicherheit. Eine absolute Planungssicherheit gibt es in Zeiten von Corona aber nicht. Unser gemeinsames Ziel ist daher – das hat er auch gesagt – nach Möglichkeit eine Planungsoptimierung.

Wir haben uns am Sonntagvormittag zusammengesetzt, uns intensiv unterhalten und um Einzellösungen gerungen. Das haben wir dann im Ministerrat abgesprochen.

Selbstverständlich ist es knapp, wenn man das bis zum Mittwoch umsetzen muss. Im Ministerium waren aber natürlich verschiedene KMS vorbereitet, die dann verschickt wurden.

Das geht doch bei anderen Dingen auch so. Glauben Sie, lieber Kollege Gehring, dass die rot-grüne Stadtregierung in München alles perfekt geplant hat? – Nein, dort wurde jetzt auch plötzlich der Wert von 200 überschritten, sodass sie Schulen schließen müssen. Da hat ebenfalls einiges nicht funktioniert.

Die Stadt München weigert sich als einzige Stadt, in den Klassenzimmern Lüfter einzusetzen.

(Zuruf)

– Nein, nicht das Ausschreibungsprogramm. Bevor das Ausschreibungsprogramm fertig war, hat Herr Reiter gesagt, er würde das nicht machen; ich habe zwei Briefe an ihn geschrieben. Ich kritisiere das, aber ich verstehe die Dinge auch. Man hat eben unterschiedliche Einschätzungen.

Wir haben in einer Koalition jetzt den Wechselunterricht und den Distanzunterricht für bestimmte Klassen beschlossen und setzen das gemeinsam um. Natürlich kann es aber sein, dass wir uns am Sonntag oder während der Weihnachtsferien noch einmal zusammensetzen und überlegen, was wir bei den Schulen, bei den Kitas oder aber auch beim Einzelhandel tun.

So ist das während der Corona-Pandemie, und man kann dann immer überlegen, wer ein Prophet ist und wer nicht. Ich glaube, wir sollten weniger auf Prophetie, sondern auf Realismus, auf Planbarkeit und auf die Optimierung dieser Planbarkeit bauen, und das tun wir auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Gehring hat noch eine Nachfrage.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Piazolo, wir sind uns einig, dass die Schulen offen bleiben müssen; wir GRÜNE haben uns dafür sehr früh eingesetzt. Natürlich müssen dann aber auch die Rahmenbedingungen stimmen. Das Wort "Planung" will ich jetzt nicht weiter bemühen, aber dafür das Wort "Prävention" ins Spiel bringen.

Wir alle wissen, dass die Digitalisierung in den Schulen eine Voraussetzung ist, um auch in Pandemiezeiten Unterricht zu halten. Ich frage mich deshalb, warum Sie zum Beispiel das Videokonferenzwerkzeug am 3. November ausschreiben. Warum hat man so etwas nicht schon im Juli vor der zweiten Welle ausschreiben können, anstatt das nun in der zweiten Welle zu tun? Voraussichtlich wird das jetzt Ende März tatsächlich in Produktivität gesetzt werden.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Ich hätte nicht erwartet, dass wir heute noch einmal über MS Teams reden; wir hatten dieses Thema bereits bei der letzten Befragung der Staatsregierung. Wir können das aber natürlich gerne tun; denn seitdem hat sich wieder etwas verändert. So ist das in diesen Zeiten.

Wir haben vorgestern den Vertrag unterschrieben. Gestern Abend habe ich das auch mitgeteilt. Das heißt, wir haben MS Teams – noch einmal: es war eine Vertragsänderung und keine -verlängerung – bis Ende April.

Warum war das bei MS Teams so? Wir hatten – das werden alle Juristen, die sich in diesem Bereich auskennen, bestätigen können – in Corona-Zeiten die Möglichkeit einer coronabedingten äußerst dringlichen, auf das Produkt und auf ganz bestimmte Umstände bezogene Ausschreibung. Wir haben diese Ausschreibung in der zweiten Aprilhälfte begonnen und hatten das dann Anfang Mai, also unglaublich schnell, geschafft. Trotzdem gab es auch Einwendungen.

Es gab dann ein Verfahren vor der Vergabekammer. Das haben wir bewusst abgewartet, um daraus Schlüsse zu ziehen, aber parallel dazu die neue Ausschreibung vorbe-

reitet. Wenn ich mich richtig erinnere, kam am 21. Oktober der entsprechende Beschluss der Vergabekammer. Wir haben dann sofort die parallele, eine produktneutrale Ausschreibung aufgesetzt, damit wir zweistufig fahren und somit auf der einen Seite ein sicheres Tool mit MS Teams, das an den Schulen sehr, sehr beliebt ist, und auf der anderen Seite eine produktneutrale Ausschreibung haben.

Ich habe das bereits etwa ein Dutzend Mal deutlich gemacht und auch auf diesbezügliche Fragen geantwortet. Trotzdem – ich bekomme das mit – werden immer wieder die gleichen Fragen gestellt. Ich bin deshalb sehr dankbar, dass ich das immer wieder deutlich machen kann; denn ich glaube, dass in dieser Krisensituation Kommunikation das Wichtigste ist.

Ich bin dafür dankbar, dass wir hier die Möglichkeit haben, miteinander zu diskutieren und Fragen zu beantworten. Man muss kommunizieren und Dinge immer wieder deutlich machen. Oft erstaunt es mich, was dennoch beim einen oder anderen nicht ankommt; das ist aber natürlich. Insofern vielen Dank für die Fragestellung, und ich gebe gerne auch noch einmal persönlich ergänzende Hinweise zu Videotools und zur Optimierung von Planungen in dieser Zeit.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister, die nächste Frage geht auch an Sie. Die Frage kommt von der Kollegin Eva Gottstein von den FREIEN WÄHLERN.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Man muss dem Herrn Minister glatt dafür danken, dass er unnötige Prozesse für den Freistaat Bayern vermieden hat.

Herr Minister, Sie sagten gerade, dass Präsenzunterricht nicht Distanz- und Wechselunterricht sei. Wir haben pädagogische Grundsätze, die in der Verfassung niedergeschrieben sind und die sich bis in die Lehrpläne erstrecken. Gelten diese Grundsätze auch für diesen Distanz- und Wechselunterricht, oder gibt es hier Änderungen?

Von manchen wird bezweifelt, dass Lehrer und Schüler zum Distanz- und Wechselunterricht – vor allem aber zum Distanzunterricht – verpflichtet werden können. Wie ist die diesbezügliche Rechtslage?

Kollege Gehring hat es bereits angesprochen: Natürlich ist Distanz- und Wechselunterricht sehr stark mit digitalem Unterricht verbunden. Seit Beginn der Pandemie gibt es deshalb zusätzliche Fortbildungen. Wie ist hier der Sachstand?

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Liebe Kollegin Eva Gottstein, vielen Dank für die Fragen. Ich möchte mich kurzfassen; denn die Zeit, die uns als Regierung für diese Fragestunde vorgegeben ist, ist begrenzt.

Pädagogische Grundsätze haben wir natürlich auch für den Wechsel- und Distanzunterricht. Ich will vorwegschicken: Wir sind uns in der Schulfamilie einig, dass der Präsenzunterricht gerade aufgrund der direkten Beziehung zwischen Lehrkräften und Schülern das Optimum ist. Wir haben uns dazu im Sommer als Schulfamilie, ich möchte sagen, sozusagen committed und wollen das auch in diesem Schuljahr nach Möglichkeit sicherstellen.

Das Grundprinzip beim Wechsel- und Distanzunterricht ist, möglichst viele der Grundprinzipien des Präsenzunterrichts zu übertragen. Genau das haben wir getan. Wir haben eine ganze Reihe von Grundsätzen aufgestellt – Verbindlichkeit, Verlässlichkeit, klare Strukturen und insbesondere auch direkten Kontakt – und haben diese auch an die Schulen gegeben. Das war auch eine der Lehren aus dem ersten Lockdown, wo es nicht immer perfekt funktioniert hat. Vieles wurde damals an Material übersandt. Für die Schülerinnen und Schüler ist aber, gerade je jünger sie sind, der direkte Kontakt zu den Profis, die Kommunikation mit den Lehrkräften sehr wichtig; deshalb auch genau das Videokonferenztool, das Kollege Gehring, der jetzt hinter mir sitzt, vorher angesprochen hat.

Wir haben das aber auch rechtlich mit einer Änderung der Bayerischen Schulordnung und mit der Möglichkeit, zum Beispiel im Distanzunterricht mündliche Leistungserhebungen zu machen, aufgesetzt.

Außerdem – darauf möchte ich auch noch einmal eingehen; denn es wurde danach gefragt – haben wir eine intensive Fortbildung unserer Lehrkräfte. Sie nehmen das großartig an. Beinahe 100.000 Lehrkräfte haben sich für die drei Basismodule bei der ALP Dillingen eingeschrieben. Das findet auf breiter Basis statt. Wir haben E-Sessions eingeführt. Allein am Buß- und Betttag haben über 16.000 Lehrkräfte an diesen E-Sessions teilgenommen.

Ich mache noch einmal einen Werbeblock für Lehrerinnen und Lehrer: An jedem Nachmittag in der Woche finden von 15 bis 18 Uhr E-Sessions statt. Man kann sich also auch außerhalb der regulären Schulzeit jeden Tag weiterbilden. Das haben schon über 40.000 getan. Insofern noch einmal mein Dank an die Lehrerinnen und Lehrer, die bereit sind, sich dieser neuen Aufgabe in dieser kurzen Zeit zu stellen. Sie stellen so für Schülerinnen und Schüler einen Wechsel- und Distanzunterricht sicher und ermöglichen ihnen damit Bildungschancen auf hohem, bayerischen Niveau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Herr Kultusminister. – Die nächste Frage kommt vom Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion. Sie richtet sich an das Ministerium für Gesundheit und Pflege.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Frage geht an die Staatsministerin Huml. Wir haben gestern alle in den Medien mitbekommen, dass das Vereinigte Königreich für den Impfstoff jetzt eine Warnung für Allergiker herausgegeben hat. Derzeit werden die verschiedenen Impfzentren in Bayern eingerichtet. Das Staatsministerium ist hier sicherlich mit einem Konzept am Start. Dabei interessiert

mich, wie der Prozess einer Impfung für einen Patienten in einem durchschnittlichen bayerischen Impfzentrum anlässlich dieser COVID-19-Pandemie verläuft. Wie viel Zeit bleibt für die Aufklärung und die Untersuchung des einzelnen Patienten? Nehmen die Ärzte die Impfung selbst vor, oder beaufsichtigen sie lediglich die Impfung? Es wäre sehr freundlich, wenn Sie mir einmal dazu einen kurzen Überblick geben könnten.

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das tue ich sehr gerne. Wir beschäftigen uns sehr intensiv mit dem Thema Impfen. Es ist wichtig, dass wir die Menschen mit entsprechenden Fakten klar darüber aufklären und ihnen nicht irgendwelche Halbwahrheiten erzählen, die manchmal durch die Gegend geistern.

In unseren Impfzentren wird sehr wohl darauf geachtet, dass es Zeit gibt, Fragen zu stellen. Das heißt: Wenn der Impfling in das entsprechende Zentrum kommt, dann wird er hier zunächst ein kurzes Anamnese- und Aufklärungsgespräch mit dem Arzt führen. Es ist selbstverständlich, dass dieses von einem Arzt durchgeführt wird. Wir rechnen insgesamt 15 Minuten für den Impfvorgang ein und dafür, dass derjenige dann auch in die Impfung einwilligt. Ähnlich wie vor einer Operation findet dies mit einem Aufklärungsbogen und weiteren dazugehörigen Dingen statt.

Vor wenigen Stunden haben wir die Druckdaten vom Bund bekommen. Der Impfvorgang selbst darf delegiert werden, wie dies auch in einer Arztpraxis der Fall ist. Er darf von medizinischen Fachangestellten durchgeführt werden. Es ist wichtig, dass in diesen Impfzentren die Möglichkeit einer Nachsorge besteht. Es ist wichtig, dass Personal auch 30 Minuten nach der Impfung für die geimpfte Person da ist, um zu sehen, ob es eine mögliche, direkte Impfreaktion gibt. Auch das ist bedacht. Die Behandlung im weiteren Verlauf wird vom bekannten Hausarzt und nicht vom Impfzentrum vorgenommen. Sollten beispielsweise Fragen oder Sonstiges in den späteren Wochen nach der Impfung auftauchen, sind diese in der Hausarztpraxis zu klären.

Um Ihre Frage konkret zu beantworten: Im Impfzentrum selbst sind rund 15 Minuten pro Patient vorgesehen mit zusätzlicher Nachbeobachtungszeit. Ein Arzt übernimmt die Anamnese und das Aufklärungsgespräch und steht für Fragen zur Verfügung. Ich hoffe, damit beitragen zu können, dass die Impfung transparent wird und die Menschen weiterhin Vertrauen in die Impfung haben.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Noch eine Nachfrage, Herr Winhart? – Bitte.

**Andreas Winhart (AfD):** Zunächst einmal vielen herzlichen Dank für die Auskunft. Es ist schon einmal gut, dass zumindest ein Arzt anwesend ist, wenn die Arzthelferinnen den Impfvorgang durchführen. Ich habe noch eine Frage zu den Ärzten und Helfern, die in diesen Impfzentren selbst oder vielleicht auch später in den Krankenhäusern und Arztpraxen sind: Müssen diese Helfer und Ärzte selbst geimpft sein?

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Sie wissen, dass wir keinen Impfwang haben. Auch die Ärzte werben im Moment dafür, prioritär geimpft zu werden. Sie formulieren die Sorge, dass Ärzte einer Impfung eher skeptisch gegenüberstehen. Wir erleben das Gegenteil. Wir haben Nachfragen und Bitten aus der Ärzteschaft, dass sie und medizinisches Fachpersonal bei den Impfungen prioritär berücksichtigt werden, weil sie gerade im ambulanten Bereich und in den Krankenhäusern benötigt werden. Das Krankenhauspersonal wird derzeit bei den Empfehlungen und Entwürfen aufgenommen. Es ist sehr wichtig, dass diejenigen, die COVID-19-Patienten behandeln, prioritär geimpft werden. Das halte ich für sinnvoll. Ich gehe davon aus, dass es dann auch geimpfte Personen gibt. In Bayern gibt es aber keine Impfpflicht. Das sage ich noch einmal deutlich. Eine Impfpflicht ist bisher im Bundesgebiet nicht vorgesehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Frau Ministerin. – Die nächste Frage kommt von der Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion. Sie richtet sich an das Staatsministerium für Arbeit und Soziales. Bitte, Frau Rauscher.

**Doris Rauscher (SPD):** Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin! Studien belegen, dass es in rund einem Fünftel der Familien einen Anstieg von Gewalt in sehr belasteten Familienverhältnissen, einen Anstieg von Depressionen und einen Anstieg von psychischen Auffälligkeiten unter der COVID-19-Pandemie gibt. Im Zuge der Infektionsschutzverordnung wurde wieder angeordnet, Anlaufstellen, beispielsweise für Kinder und Jugendliche, zu schließen.

Ich möchte von der Ministerin gerne wissen, welche Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche bestehen, nachdem außerschulische Bildungsangebote – hierzu gehören auch Angebote der offenen Jugendarbeit – in Präsenzform wieder untersagt sind. Wie stellen Sie Anlaufstellen für von Gewalt betroffene Frauen sicher?

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Trautner, bitte schön.

**Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Rauscher, vielen Dank für Ihre Frage. Das ist in der Tat ein Thema, das uns wirklich intensiv beschäftigt. Wir wissen, dass Familien in dieser Pandemie maximal belastet sind, gerade wenn es darum geht, dass vielleicht der Arbeitsplatz in Gefahr ist, finanzielle Engpässe entstehen und die Belastungssituationen in Familien leicht zur Eskalation führen können.

Es war mir deswegen immer ein großes Anliegen, dieses Thema genau im Blick und im Fokus zu haben. Wir haben mit den Jugendämtern, mit den Regierungen und allen wichtigen Beteiligten einen sehr engen Austausch. Wir haben regelmäßige Telefonkonferenzen und tauschen uns darüber aus, dass das Hilfesystem nach wie vor gut funktioniert. Das ist ein erster Punkt.

Es war mir natürlich ein großes Anliegen, dass Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und auch für Familien offen bleiben können. Die Situation der Jugendlichen ist schwierig, weil sie gerade nicht ins Jugendzentrum gehen können. Das haben Sie gerade ausgeführt. Gleichwohl stehen Ansprechpartner zur Verfügung, zum Beispiel in der Schule. Die Jugendsozialarbeit an Schulen wird weiterhin aufrechterhalten.

Zu Beginn des zweiten Lockdowns war es mir ganz wichtig, dass auch Erziehungssstützpunkte und -beratungsstellen weiterhin geöffnet bleiben. Sie passen sich den neuen Bedingungen an und können weiterhin bei der Beratung zur Verfügung stehen. Natürlich müssen die Abstände und die Hygieneregeln eingehalten werden. Eine Beratung ist hier aber möglich. Auch das digitale Angebot wurde entsprechend ausgebaut, sodass hier keiner allein gelassen wird.

Wir haben für die Frauen verstärkt im Blick behalten, dass sich in der Pandemie Gewaltsituationen in den Familien leider vielleicht verstärkt ereignen können. Deswegen haben wir drei Blitzumfragen gestartet, auch bei den Frauenhäusern, den Beratungsstellen für Frauen und den Notrufen. Die letzte Blitzumfrage war erst kürzlich. Es hat tatsächlich die Rückkopplung gegeben, dass im August in manchen Frauenhäusern leicht gestiegene Zahlen zu verzeichnen waren; auch im September. Es gab kein homogenes Bild. Das war ganz unterschiedlich. Manche Frauenhäuser hatten das nicht. Im Oktober waren die Zahlen wieder so wie letztes Jahr. Wir haben auch das genau im Blick. Wir haben zu Beginn der Pandemie den Trägern weitere 900.000 Euro zur Verfügung gestellt, um ihr digitales Beratungsangebot auszubauen, damit sie permanent mit Frauen in Kontakt bleiben können.

Wir haben in unserem Ministerium das neue Portal "bayern-gegen-gewalt.de" aufgebaut. Auch hier findet jeder, der Hilfe braucht, Unterstützung. Die AETAS Kinderstiftung hat ein Hilfetelefon für die Kinder und Jugendlichen auf den Weg gebracht. Auch das unterstützen wir, sodass überall Ansprechpartner zur Verfügung stehen, um in Problemsituationen zeitnah Unterstützung anbieten zu können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Zu einer Nachfrage: Frau Rauscher, bitte schön.

**Doris Rauscher (SPD):** Sie haben jetzt dargelegt, welche Möglichkeiten es gibt. Aus meiner Sicht rutschen die Jugendlichen da dennoch erneut durch, wobei schon in der ersten Phase des Lockdowns darauf hingewiesen wurde, dass die Anlaufstellen für Jugendliche wichtig wären. Vielleicht können Sie mir noch erklären, wieso Jugendzentren gerade zu Pandemiezeiten nicht unter die Jugendhilfe fallen. Dann hätte ich noch eine Nachfrage, ob Sie mir versichern können, dass das Verlassen des Hauses aufgrund von Gewalterfahrung oder -androhung – auch psychischer Gewalt – als Ausnahmegrund sichergestellt werden kann; denn im Moment ist das nicht als Ausnahmegrund für das Verlassen des Hauses aufgeführt.

**Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales):** Liebe Frau Kollegin Rauscher, vielen Dank, dass ich das klarstellen kann. Das ist in meinen Augen immer ein triftiger Grund, das Haus zu verlassen. Das war schon im Frühjahr so, und das muss jetzt genauso gelten. Das ist ein triftiger Grund. Da gibt es für mich überhaupt keine Spielräume. Ich werde kontrollieren, ob man das noch expliziter darstellen muss. Aber natürlich ist das ein triftiger Grund. Daran gibt es überhaupt nichts zu rütteln.

Zur zweiten Frage, ob Jugendzentren zur Jugendhilfe gehören: Es ist eine Definitionssache. Ich finde, es ist wichtig, dass die Jugendlichen Ansprechpartner haben. Auch diejenigen, die in den Jugendzentren arbeiten, halten Kontakt mit den Jugendlichen, die sie kennen und von denen sie wissen, dass es Probleme gibt. Die haben Möglichkeiten, hier im Austausch zu sein – sei es im Chat, sei es im telefonischen Kontakt. Ich weiß, dass es für die Jugendlichen jetzt gerade wirklich eine schwierige Zeit ist. Aber die belasteten Jugendlichen haben ihre Ansprechpartner und können sich jederzeit Unterstützung und Hilfe holen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Frau Ministerin. Sie können am Rednerpult bleiben. Auch die nächste Frage ist an Sie gerichtet. – Sie kommt von der Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

**Julika Sandt (FDP):** Frau Ministerin, die Staatsregierung hat eilig die Schulferien vorgezogen. Ich habe aus dem Umfeld von chaotischen Zuständen bei der Notbetreuung gehört. Ich habe mich an "Familien in der Krise" gewandt. Die haben eine Blitzumfrage geschaltet. Da habe ich mehrere Seiten. Daraus zitiere ich jetzt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nur wenig; zum Beispiel: Nur Notbetreuung mit gemischter Gruppe. Wie lösen wir das? Oma hilft mal wieder aus. Klar ist das nicht ideal; aber so läuft das hier in meinem dörflichen Umfeld überall. Schon im ersten Lockdown waren die meisten Kinder von berufstätigen Eltern bei den Großeltern. – Oder: Hort hat offen; Kita komplett zu ohne Notbetreuung. Wenn man Kinder in verschiedenen Einrichtungen hat, ist es wirklich schwierig, da jede ihre eigenen Regeln aufstellt. – Wie können Sie aus infektiologischen Gründen verantworten, dass viele offensichtlich nur die Möglichkeit sehen, zum Beispiel die Kinder aus einer ganzen Grundschule in einer Hortgruppe unterzubringen, oder als Alternative nur die Betreuung bei der Oma, also einer vulnerablen Gruppe? Können Sie ausschließen, dass die Ferien nach hinten raus noch stärker verlängert werden? Wenn nein: Gibt es dafür schon ein Konzept, oder wird es weiter in großem Umfang gemischte Gruppen geben bzw. Betreuung bei der Oma? Wie sind in dem Zusammenhang die Schnittstellen mit dem Kultusministerium?

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende!

**Julika Sandt (FDP):** Okay.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Sie haben dann auch keine Zeit mehr für Nachfragen. – Frau Ministerin, bitte.

**Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales):** Liebe Frau Kollegin Sandt, Sie haben jetzt ein ganzes Bündel an Fragen formuliert. Wichtig war mir, dass wir die Schulen und die Kitas offen halten können. Ich glaube, dieses Ziel haben wir sehr verfolgt. Es klappt auch ganz gut. Ich kann Ihnen die neuesten Zahlen von den Kitas sagen. Zum 04.12. war der Sachstand so, dass 429 von 9.800 Kitas in Bayern von Schließungen betroffen waren. Das sind 4,4 %. Die meisten waren teilweise geschlossen, weil in festen Gruppen gearbeitet wird. Das betrifft 3,8 %. Tatsächlich waren nur 0,6 % der Kitas geschlossen, und das in der Zeit, in der eine Quarantäne vorliegt, also nicht dauerhaft. Insofern waren das immer ein oder zwei Wochen, in denen eine Gruppe nicht da war, sondern zu Hause in Quarantäne war. Das heißt, dieses System funktioniert sehr gut. Wir achten darauf, dass feste Gruppen gebildet werden. Ich weiß, dass es in Randzeiten schwierig ist. Deswegen haben wir gesagt, dass hier gruppenübergreifendes Arbeiten möglich ist, weil dann, obwohl die Kinder in verschiedene Gruppen gehen, die Durchmischung nicht so hoch ist, wie wenn ein offenes Konzept in der Kita weiter aufrechterhalten würde, was pädagogisch total sinnvoll ist, aber leider in dieser Zeit nicht geht.

Ob die Weihnachtsferien im Januar verlängert werden, kann ich Ihnen heute genauso wenig sagen wie jeder andere auch. Aber wir achten darauf, dass die Hygienemaßnahmen eingehalten werden, damit der Schutz der Erzieherinnen und Erzieher möglichst groß ist und auch die Kinder entsprechend geschützt sind. Deswegen ist die Maskenpflicht wichtig für die Erzieher, die in den Einrichtungen arbeiten. Wir haben 10 Millionen Euro an alle Kitas in Bayern ausgegeben, damit sie selber für Hygienemaßnahmen sorgen können. Das beinhaltet Masken; das beinhaltet kontaktlose Fieberthermometer; das beinhaltet Handschuhe, Desinfektionsmittel – was immer sie brauchen –, plus 13 Millionen Euro für die CO<sub>2</sub>-Messgeräte, damit entsprechend gelüftet werden kann. Wir bieten für alle Kitas ein Paket, um auch dort den Infektionsschutz weiterhin sehr hochzuhalten und die Gruppen weiterhin geöffnet zu haben.

Wir sind im Moment nicht in der Situation, dass wir Notbetreuungen für spezifische Berufsgruppen anbieten müssen. Das wäre der Fall, wenn die Träger von Kitas das Angebot annehmen und sich an den zusätzlichen Tagen, an denen die Schule vor Weihnachten zumacht, entschließen, dass auch die Kita an diesen Tagen zuhat. Das können sie. Das haben wir den Trägern gesagt: Dies wäre förderunschädlich. Dann müssen sie für eine Betreuung für die Eltern sorgen, die keine andere Möglichkeit haben. Insofern sind die vulnerablen Gruppen der Großeltern weitgehend ausgeschlossen, weil die Kita nach wie vor geöffnet hat. Das System funktioniert sehr gut. Es funktioniert, weil die Erzieherinnen und Erzieher und die pädagogischen Fachkräfte eine sensationelle Arbeit leisten und weil die meisten Eltern vernünftig sind und ihre kranken Kinder zu Hause lassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Frau Ministerin. – Die nächste Frage kommt vom Kollegen Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion und richtet sich an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Herr Seidenath, bitte schön.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, meine Frage richtet sich an Staatsministerin Melanie Huml. Der Freistaat Bayern hat die letzten Monate genutzt und versucht, sich möglichst optimal auf die gestiegene Anzahl von Infizierten und schwer an COVID-Erkrankten vorzubereiten. Wir haben beispielsweise viele Beatmungsgeräte angeschafft und Intensivplätze aufgebaut. Ein Beatmungsgerät allein nützt aber dem Betroffenen nichts, wenn nicht eine Intensivpflegekraft da ist, die dieses Gerät bedient. Deswegen haben Sie, Frau Staatsministerin, vorhin den Pflegekräften dafür zu Recht gedankt. Sie sind derzeit die wichtigsten Personen.

Die Frage ist jetzt, wie wir Engpässe überbrücken können. In der ersten Welle des Lockdowns im März und April 2020 wurde vonseiten der Vereinigung der Pflegenden in Bayern der "Pflegepool Bayern" eingerichtet. Aus meiner und aus unserer Sicht wäre

es wünschenswert, dieses Instrument wieder und weiterhin nutzbar zu machen und es am besten im Sinne eines Reservistenpools zu verstetigen. Meine Fragen sind:

Erstens. Kann man sich weiter für diesen Pflegepool melden?

Zweitens. Welche Personengruppen sind hier aufzunehmen? – Zu denken wäre nicht nur an Intensivpflegekräfte, sondern vielleicht auch an medizinisch-technische Assistenten, medizinische Fachangestellte, Notfallsanitäter und Hebammen.

Drittens. Wird dafür Werbung gemacht? Macht das Ministerium darauf aufmerksam?

Viertens. Wie erfahren die Führungsgruppen, Katastrophenschutz von freien Kräften, wenn sie sie vor Ort brauchen?

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Lieber Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Bernhard Seidenath! Ja, das ist ein ganz wichtiger Punkt, den Sie hier ansprechen. Für den Pflegepool, den wir schon im Katastrophenfall im Frühjahr eingerichtet hatten, haben sich damals innerhalb weniger Tage über 2.500 Freiwillige gemeldet. Die Daten sind den Führungsgruppen, wenn Bedarf gewesen ist, vor Ort katastrophenfallmäßig zur Verfügung gestellt worden. Es ist wichtig, dass wir im jetzigen Katastrophenfall diesen Pflegepool aktivieren. Wir haben die Vereinigung der Pflegenden in Bayern, die dankenswerterweise schon das letzte Mal hier stark eingebunden war, gebeten, über entsprechende Angebote wie "Hier kann man sich melden" und "Wir koordinieren das vor Ort" wieder mit dabei zu sein. Die Vereinigung der Pflegenden in Bayern hat sofort zugesagt, wieder mit an Bord zu sein. Das heißt, dass wir gemeinsam wieder einen Aufruf starten werden, um diejenigen anzusprechen, die zum Beispiel eine Pflegeausbildung absolviert haben und jetzt in einem anderen Beruf arbeiten, oder die, die in Teilzeit arbeiten, aber sagen: Ich könnte mir vorstellen, noch mehr zu tun, oder, oder, oder. Wir wollen möglichst viele Menschen gewinnen, die pflegerische Erfahrung haben. Es kann aber auch sein, dass wir Kräfte im Dienstleistungsbereich gewinnen, die im hauswirtschaftlichen Bereich mithelfen können. Auch das sind wichtige Kräfte, die wir brauchen können.

Den Pflegepool wird es deswegen wieder geben. Wir werden ihn auch noch einmal insoweit verbessern, als es ein Onlineportal geben wird, wo man vor Ort interaktiv sehen kann, wer wo gebraucht wird, wo jemand zur Verfügung steht, um das bestmöglich zusammenzubekommen.

Ich habe angesprochen: Wenn jemand zum Beispiel in einem anderen Beruf arbeitet, ist fraglich, wie es dann ist. Der jeweilige Arbeitgeber müsste unterstützt werden, seine Kräfte in dem Bereich mitarbeiten zu lassen und diesen Einsatz zu bewilligen. Das erfolgt auf Grundlage des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes. Deswegen ist der K-Fall dafür so notwendig gewesen, nämlich um hier noch einmal verstärkt aktiv werden zu können.

Zur Ausweitung der Personengruppe: Ja, neben pflegerischen Berufen werden auch – ich sage jetzt mal – Laborassistenten, operationstechnische Assistenten, Hebammen, Hauswirtschaftskräfte und anästhesietechnische Assistenten berücksichtigt. Die gesamte Breite an Berufen, die es hier gibt, wird berücksichtigt.

Von daher geht ein herzliches Dankeschön an diejenigen, die im Frühjahr dabei waren und mitgeholfen haben, die vielfach in den Seniorenheimen und Pflegeheimen oder in Krankenhäusern auf den Krankenstationen wirklich super Dienste geleistet haben. Ihnen gilt ein herzliches Dankeschön. Ich hoffe, dass sich wieder viele Menschen aktivieren lassen, weil wir sie ganz notwendig brauchen. Das wäre auch heute mein Appell: Nutzen Sie die Chance und helfen Sie über den Pflegepool mit, wenn Sie in einem Pflegeberuf tätig waren und jetzt vielleicht in einem anderen Bereich tätig sind oder wenn Sie vielleicht auch Erziehungszeit hinter sich haben und wieder einsteigen wollen, damit wir die Stationen unterstützen können. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Frau Ministerin. – Die Befragung der Staatsregierung ist damit beendet.